

Verordnung über die Gebühren in Fremdenpolizeisachen

vom 16.12.1987 (Stand 01.03.2011)

Der Regierungsrat des Kantons Bern,

gestützt auf das Abkommen vom 21. Juni 1999 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit¹⁾, Artikel 124 Absatz 2 des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG²⁾), die Verordnung des Bundesrates vom 24. Oktober 2007 über die Gebühren zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (Gebührenverordnung AuG, GebV-AuG³⁾) sowie Artikel 17 der Verordnung des Bundesrates vom 27. Oktober 2004 über die Ausstellung von Reisedokumenten für ausländische Personen (RDV⁴⁾),

auf Antrag der Polizei- und Militärdirektion, *

beschliesst:

Art. 1 *Grundsatz und Geltungsbereich*

¹ Die Verordnung regelt die Gebühren für Dienstleistungen auf dem Gebiet des Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer⁵⁾.

² Für Verfügungen und Amtshandlungen aufgrund der Ausländergesetzgebung dürfen nur die in dieser Verordnung vorgesehenen Gebühren erhoben werden.

³ Das Amt für Migration und Personenstand bestimmt den Zahlungsmodus und regelt die Ausnahmefälle. *

Art. 2 *Gebührenpflicht **

¹ Eine Gebühr muss bezahlen, wer eine Dienstleistung nach Artikel 1 veranlasst. Auslagen werden gesondert berechnet. *

² Personen, die für den Ausländer ein Gesuch eingereicht haben, haften mit ihm solidarisch.

¹⁾ SR 0.142.112.681

²⁾ SR 142.20

³⁾ SR 142.209

⁴⁾ SR 143.5

⁵⁾ SR 142.20

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

³ Haben mehrere Personen gemeinsam eine Dienstleistung veranlasst, so haften sie solidarisch.

Art. 3 * *Gebührenbemessung*

¹ Die Gebühren gelten für Einzelpersonen.

Art. 4 *Gebührenzuschlag **

¹ Für Dienstleistungen, die auf Ersuchen hin dringlich oder ausserhalb der normalen Arbeitszeit verrichtet werden, können Zuschläge bis zu 50 Prozent der Gebühren erhoben werden, mindestens jedoch 20 Franken. *

Art. 5 *Auslagen*

¹ Als Auslagen gelten die Kosten, die für die einzelne Dienstleistung zusätzlich anfallen, namentlich:

- a Honorare für Experten, für das Zeugnis eines Vertrauensarztes und für Übersetzungen;
- b Kosten für Bestätigungen, Bescheinigungen, Fotokopien und andere Unterlagen;
- c Kosten für Abklärungen im Ausland;
- d Porti, Telefon-, Telefax-, Telegramm- und Telexkosten;
- e Kosten für Arbeiten, die Dritte ausführen.

Art. 6 *Gebührenverfügung; Rechtsmittel **

¹ Die Gebühren werden in der Regel unmittelbar nach Ausführung der Dienstleistung verfügt. Gleichzeitig werden die Auslagen eingefordert. *

² Gegen Gebührenverfügungen kann nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege¹⁾ Beschwerde erhoben werden. *

Art. 7 *Fälligkeit*

¹ Gebühren und Auslagen werden fällig: *

- a mit der Mitteilung an den Pflichtigen;
- b im Fall der Anfechtung mit der Rechtskraft des Beschwerdeentscheides.

² Die Zahlungsfrist beträgt 30 Tage ab Rechnungstellung.

Art. 8 *Erlass von Gebühren **

¹ Gebühren können wegen Bedürftigkeit des Pflichtigen oder aus anderen wichtigen Gründen herabgesetzt oder erlassen werden. *

¹⁾ BSG 155.21

Art. 9 *Verjährung*

¹ Die Gebührenforderung verjährt 5 Jahre nach Eintritt der Fälligkeit. *

² Die Verjährung wird durch jede Verwaltungshandlung unterbrochen, mit der die Gebührenforderung beim Pflichtigen geltend gemacht wird.

Art. 10 * *Tarif*

¹ Das Amt für Migration und Personenstand und die Gemeinden erheben folgende Gebühren:

Gebühr von 95 Franken:

- a Zusicherung einer Bewilligung oder Einreisebewilligung
 - 1. Gesamtgebühr: CHF 95
 - 2. Kanton: CHF 95
 - 3. Gemeinde: CHF 0
- b Ermächtigung zur Visumerteilung, Ausstellung eines Rückreisevisums oder Änderung eines Visums
 - 1. Gesamtgebühr: CHF 95
 - 2. Kanton: CHF 95
 - 3. Gemeinde: CHF 0
- c Erteilung einer Kurzaufenthalts-, Aufenthalts- und Grenzgängerbewilligung
 - 1. Gesamtgebühr: CHF 95
 - 2. Kanton: CHF 75
 - 3. Gemeinde: CHF 20
- d Bewilligung zum Stellenantritt und zum Kantons-, Stellen- und Berufswechsel
 - 1. Gesamtgebühr: CHF 95
 - 2. Kanton: CHF 95
 - 3. Gemeinde: CHF 0
- e Erteilung einer Niederlassungsbewilligung
 - 1. Gesamtgebühr: CHF 95
 - 2. Kanton: CHF 75
 - 3. Gemeinde: CHF 20

^{1a} Gebühr von 75 Franken

- a Verlängerung der Kurzaufenthalts-, Aufenthalts- und Grenzgängerbewilligung
 - 1. Gesamtgebühr: CHF 75
 - 2. Kanton: CHF 60
 - 3. Gemeinde: CHF 15

² Gebühr von 65 Franken

- a* Verlängerung der Kurzaufenthalts-, Aufenthalts- und Grenzgängerbewilligung für Ausländerinnen und Ausländer, die sich auf das Freizügigkeitsabkommen¹⁾ oder das EFTA-Übereinkommen²⁾ berufen können (inklusive Ausstellungsgebühr)
1. Gesamtgebühr: CHF 65
 2. Kanton: CHF 45
 3. Gemeinde: CHF 20
- b* Ermächtigung zur Visumerteilung oder Zusicherung einer Bewilligung für Ausländerinnen und Ausländer, die sich auf das Freizügigkeitsabkommen oder das EFTA-Übereinkommen berufen können
1. Gesamtgebühr: CHF 65
 2. Kanton: CHF 65
 3. Gemeinde: CHF 0
- c* Bewilligung des Stellenantritts oder des Kantons-, Stellen- und Berufswechsels für Ausländerinnen und Ausländer, die sich auf das Freizügigkeitsabkommen oder das EFTA-Übereinkommen berufen können
1. Gesamtgebühr: CHF 65
 2. Kanton: CHF 65
 3. Gemeinde: CHF 0
- d* Verlängerung der Kontrollfrist des Ausländerausweises über die Niederlassungsbewilligung
1. Gesamtgebühr: CHF 65
 2. Kanton: CHF 45
 3. Gemeinde: CHF 20
- e* Verlängerung der Frist, während der die Niederlassungsbewilligung bei Auslandsaufenthalt bestehen bleibt
1. Gesamtgebühr: CHF 65
 2. Kanton: CHF 45
 3. Gemeinde: CHF 20
- f* Verwarnung
1. Gesamtgebühr: CHF 65
 2. Kanton: CHF 45
 3. Gemeinde: CHF 20
- g* Bewilligung zum Stellenantritt oder zum Stellenwechsel für Asylsuchende
1. Gesamtgebühr: CHF 65
 2. Kanton: CHF 65

¹⁾ SR 0.142.112.681

²⁾ SR 0.632.31

3. Gemeinde: CHF 0

^{2a} Gebühr von 40 Franken

- a Prüfung aller übrigen Änderungen eines Ausländerausweises
 - 1. Gesamtgebühr: CHF 40
 - 2. Kanton: CHF 32
 - 3. Gemeinde: CHF 8
- b Verlängerung des Ausländerausweises für vorläufig aufgenommene Personen
 - 1. Gesamtgebühr: CHF 40
 - 2. Kanton: CHF 32
 - 3. Gemeinde: CHF 8
- c Duplikat bei Verlust oder Diebstahl
 - 1. Gesamtgebühr: CHF 40
 - 2. Kanton: CHF 32
 - 3. Gemeinde: CHF 8

^{2b} Gebühr von 30 Franken

- a Erteilung und Verlängerung der Kurzaufenthalts-, Aufenthalts-, Niederlassungs- und Grenzgänerbewilligung für ledige, minderjährige Ausländerinnen und Ausländer, die sich auf das Freizügigkeitsabkommen oder das EFTA-Übereinkommen berufen können
 - 1. Gesamtgebühr: CHF 30
 - 2. Kanton: CHF 24
 - 3. Gemeinde: CHF 6

³ Gebühr von 25 Franken

- a Adressänderung im Zentralen Migrationsinformationssystem (ZEMIS)
 - 1. Gesamtgebühr: CHF 25
 - 2. Kanton: CHF 18
 - 3. Gemeinde: CHF 7
- b Einholen eines Strafregisterauszuges
 - 1. Gesamtgebühr: CHF 25
 - 2. Kanton: CHF 25
 - 3. Gemeinde: CHF 0
- c Meldebestätigung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und selbständig erwerbstätige Personen
 - 1. Gesamtgebühr: CHF 25
 - 2. Kanton: CHF 25
 - 3. Gemeinde: CHF 0

- d* Behandlung von Gesuchen um Einreisebewilligung, wenn die Zusicherung oder Einreisebewilligung vom Bundesamt für Migration zu erteilen ist
 1. Gesamtgebühr: CHF 25
 2. Kanton: CHF 25
 3. Gemeinde: CHF 0
 - e* Ausstellen einer Bestätigung
 1. Gesamtgebühr: CHF 25
 2. Kanton: CHF 25
 3. Gemeinde: CHF 0
 - f* Erfassung von Gesuchen um Ausstellung von Reisepapieren für schriftlose Ausländer zuhanden des Bundesamtes für Migration
 1. Gesamtgebühr: CHF 25
 2. Kanton: CHF 25
 3. Gemeinde: CHF 0
 - g* Eintrag der Anmeldung
 1. Gesamtgebühr: CHF 25
 2. Kanton: CHF 0
 3. Gemeinde: CHF 25
 - h* Kontrolle der Verpflichtungserklärung
 1. Gesamtgebühr: CHF 25
 2. Kanton: CHF 25
 3. Gemeinde: CHF 0
- ^{3a} Gebühr von 22 Franken
- a* Ausstellung, Herstellung, Ersatz und alle übrigen Änderungen des biometrischen Ausländerausweises
 1. Gesamtgebühr: CHF 22
 2. Kanton: CHF 22
 3. Gemeinde: CHF 0
- ^{3b} Gebühr von 20 Franken
- a* Abnahme und Erfassung der biometrischen Daten
 1. Gesamtgebühr: CHF 20
 2. Kanton: CHF 20
 3. Gemeinde: CHF 0
- ^{3c} Gebühr von 12.50 Franken
- a* Einholung eines Strafregisterauszugs für ledige, minderjährige Ausländerinnen und Ausländer, die sich auf das Freizügigkeitsabkommen oder das EFTA-Übereinkommen berufen können
 1. Gesamtgebühr: CHF 12.50

- 2. Kanton: CHF 12.50
- 3. Gemeinde: CHF 0
- b Adressänderung für ledige, minderjährige Ausländerinnen und Ausländer, die sich auf das Freizügigkeitsabkommen oder das EFTA-Übereinkommen berufen können
 - 1. Gesamtgebühr: CHF 12.50
 - 2. Kanton: CHF 9
 - 3. Gemeinde: CHF 3.50

^{3d} Gebühr von 10 Franken

- a Ausstellung, Herstellung, Ersatz und alle übrigen Änderungen des nicht biometrischen Ausländerausweises
 - 1. Gesamtgebühr: CHF 10
 - 2. Kanton: CHF 10
 - 3. Gemeinde: CHF 0
- b Ausstellung einer Arbeitsbestätigung
 - 1. Gesamtgebühr: CHF 10
 - 2. Kanton: CHF 10
 - 3. Gemeinde: CHF 0

⁴ ...

⁵ Gebühr für das Zentrale Migrationsinformationssystem: In den Gebühren nach den Abs. 1 bis 3 sind die Gebühren für die Datenbearbeitung im Zentralen Migrationsinformationssystem (ZEMIS) enthalten.

⁶ Die Fremdenpolizeibehörden können für Auskünfte Gebühren bis zu 60 Franken und für fremdenpolizeiliche Verfahren Gebühren bis zu 500 Franken verlangen. Die Gebührenhöhe wird nach Aufwand bemessen.

Art. 10a * *Kostenlose Dienstleistungen*

¹ Legen Ausländerinnen und Ausländer, die sich auf das Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit sowie das Abkommen vom 21. Juni 2001 zur Änderung des Übereinkommens vom 4. Januar 1960 zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation¹⁾ berufen können, eine Zusicherung der Bewilligung nach Artikel 10 Ziffer 1 Buchstabe a vor, ist die Kurzaufenthalts-, Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung kostenlos. *

² Die Abmeldung in der Gemeinde ist kostenlos.

¹⁾ SR 0.632.31

Art. 10b * Inkasso

¹ Das zuständige Amt erhebt die Gebühren für ausländerrechtliche Verfahren in der Regel per Rechnung.

² Die Gebühren für Entfernungsmassnahmen erhebt das Amt per Nachnahme.

Art. 11 Grössere Stadtgemeinden

¹ Eine besondere Gebührenaufteilung mit den grösseren Stadtgemeinden gemäss Artikel 2 der kantonalen Verordnung vom 19. Juli 1972 über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer²⁾ bleibt vorbehalten. *

Art. 12 Aufhebung bisherigen Rechtes

¹ Die Verordnung vom 29. Juni 1983 über die Gebühren in Fremdenpolizeisachen wird aufgehoben. Ebenfalls sind alle im Widerspruch zur neuen Verordnung stehenden, vom Regierungsrat und von den Gemeindebehörden erlassenen Tarife in Fremdenpolizeisachen aufgehoben.

Art. 13 Inkrafttreten

¹ Diese Verordnung tritt auf den 1. Januar 1988 in Kraft.

Bern, 16. Dezember 1987

Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident: Müller
Der Staatsschreiber: Nuspliger

¹ Aufgehoben durch EinführungsV vom 14. 10. 2009 zum Ausländer - und zum Asylgesetz, BSG 122.201

²⁾ Aufgehoben durch EinführungsV vom 14. 10. 2009 zum Ausländer - und zum Asylgesetz, BSG 122.201

Änderungstabelle - nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
16.12.1987	01.01.1988	Erlass	Erstfassung	1987 d 365 f 380
02.12.1992	31.12.1992	Art. 6 Abs. 2	geändert	1992 d 440 f 461
21.02.1996	01.05.1996	Art. 4 Abs. 1	geändert	96-24
20.12.2000	01.01.2001	Art. 1 Abs. 3	geändert	01-9
18.12.2002	01.01.2003	Art. 10a	eingefügt	03-12
24.10.2007	01.01.2008	Ingress	geändert	07-123
24.10.2007	01.01.2008	Art. 2	Titel geändert	07-123
24.10.2007	01.01.2008	Art. 2 Abs. 1	geändert	07-123
24.10.2007	01.01.2008	Art. 3	geändert	07-123
24.10.2007	01.01.2008	Art. 4	Titel geändert	07-123
24.10.2007	01.01.2008	Art. 4 Abs. 1	geändert	07-123
24.10.2007	01.01.2008	Art. 6	Titel geändert	07-123
24.10.2007	01.01.2008	Art. 6 Abs. 1	geändert	07-123
24.10.2007	01.01.2008	Art. 6 Abs. 2	geändert	07-123
24.10.2007	01.01.2008	Art. 7 Abs. 1	geändert	07-123
24.10.2007	01.01.2008	Art. 8	Titel geändert	07-123
24.10.2007	01.01.2008	Art. 8 Abs. 1	geändert	07-123
24.10.2007	01.01.2008	Art. 9 Abs. 1	geändert	07-123
24.10.2007	01.01.2008	Art. 10a Abs. 1	geändert	07-123
24.10.2007	01.01.2008	Art. 10b	eingefügt	07-123
24.10.2007	01.01.2008	Art. 11 Abs. 1	geändert	07-123
15.12.2010	01.03.2011	Art. 10	geändert	11-4

Änderungstabelle - nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Erlass	16.12.1987	01.01.1988	Erstfassung	1987 d 365 f 380
Ingress	24.10.2007	01.01.2008	geändert	07-123
Art. 1 Abs. 3	20.12.2000	01.01.2001	geändert	01-9
Art. 2	24.10.2007	01.01.2008	Titel geändert	07-123
Art. 2 Abs. 1	24.10.2007	01.01.2008	geändert	07-123
Art. 3	24.10.2007	01.01.2008	geändert	07-123
Art. 4	24.10.2007	01.01.2008	Titel geändert	07-123
Art. 4 Abs. 1	21.02.1996	01.05.1996	geändert	96-24
Art. 4 Abs. 1	24.10.2007	01.01.2008	geändert	07-123
Art. 6	24.10.2007	01.01.2008	Titel geändert	07-123
Art. 6 Abs. 1	24.10.2007	01.01.2008	geändert	07-123
Art. 6 Abs. 2	02.12.1992	31.12.1992	geändert	1992 d 440 f 461
Art. 6 Abs. 2	24.10.2007	01.01.2008	geändert	07-123
Art. 7 Abs. 1	24.10.2007	01.01.2008	geändert	07-123
Art. 8	24.10.2007	01.01.2008	Titel geändert	07-123
Art. 8 Abs. 1	24.10.2007	01.01.2008	geändert	07-123
Art. 9 Abs. 1	24.10.2007	01.01.2008	geändert	07-123
Art. 10	15.12.2010	01.03.2011	geändert	11-4
Art. 10a	18.12.2002	01.01.2003	eingefügt	03-12
Art. 10a Abs. 1	24.10.2007	01.01.2008	geändert	07-123
Art. 10b	24.10.2007	01.01.2008	eingefügt	07-123
Art. 11 Abs. 1	24.10.2007	01.01.2008	geändert	07-123